

[\[Go To Best Hit\]](#)

© Tages-Anzeiger; 21.09.2004; Seite 13

Analyse

ZEITGEMÄSSE SCHULEN SIND TAGESSCHULEN

Abschreiben erlaubt!

Vor 25 Jahren bewilligte der Zürcher Erziehungsrat den ersten Versuch mit einer Tagesschule in der Schweiz. Was ist dazwischen (nicht) geschehen?

Von Christian Aeberli

Schon 1979 hatte der Erziehungsrat des Kantons Zürich die veränderten Lebens- und Familienbedingungen erkannt. Die Einführung der kurzen Mittagspause und der Fünftagewoche in der Arbeitswelt hätten, so die damalige Begründung, die Lebensgewohnheiten verändert. «Der Vater nimmt in vielen Fällen nicht mehr am Mittagessen teil. (. . .) Die Berufstätigkeit der Mutter ist stark verbreitet.» Tagesschulen seien deshalb eine zeitgemässe Form der freiwilligen Betreuung durch die Schule.

Ein Vierteljahrhundert später wünscht sich Bundesrat Pascal Couchepin mehr Blockzeiten und Krippenplätze. Notwendig, in der Tat! Denn einzig der Kanton Tessin kennt für seine Schülerinnen und Schüler eine flächendeckende Tagesbetreuung. Sonst gibt es in der Schweiz erst in 30 von insgesamt rund 3000 Gemeinden eine öffentliche Tagesschule. In einigen Gemeinden gibt es wenigstens Schülerhorte oder Mittagstische. An den meisten übrigen Orten gibt es jedoch gar nichts. Insgesamt übersteigt die Nachfrage nach guten Tagesstrukturen das Angebot bei weitem. Diese unbefriedigende Situation für die Eltern und ihre Kinder im Vor- und Primarschulalter ist absurd, sind doch mittlerweile alle Parteien von links bis rechts - mit Ausnahme der SVP - für familienfördernde Massnahmen, insbesondere auch für Tagesschulen.

Tagesstrukturen wirken sich positiv auf die sprachlichen, kognitiven und sozialen Fähigkeiten aller Kinder aus, besonders aber auf Kinder aus Migrationsfamilien, und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Integration von jungen Ausländerinnen und Ausländern. Zu diesem Schluss kommt die Studie «Schulerfolg von Migrationskindern. Die Bedeutung familienergänzender Betreuung im Vorschulalter» aus dem Jahre 2002. Dass Tagesstrukturen sogar ein «Geschäft» für die Gesellschaft sein können, ist das Ergebnis der Untersuchung «Kindertagesstätten zahlen sich aus» aus dem Jahr 2001. Sie zeigt auf, dass in der Stadt Zürich mit jedem in Tagesstrukturen investierten Franken, allein durch zusätzliche Steuereinnahmen der erwerbstätigen Frauen, mindestens ein Franken sechzig zurückfliesst. Der volkswirtschaftliche Nutzen wird im Bericht auf insgesamt drei bis vier

Franken geschätzt. Es wäre zu wünschen, dass auch die Mitglieder der SVP die Resultate der beiden Studien zur Kenntnis nehmen. Trotz den weit gehend unbestrittenen Vorzügen für die Kinder und Familien, die Wirtschaft und die Gesellschaft ist es den Politikerinnen und Politikern in fast drei Jahrzehnten nicht gelungen, genügend Tagesschulen zu schaffen. Dabei hätten sie es als Mitglieder von Gemeinderäten oder kommunalen Schulbehörden in der Hand gehabt, diesen zum Durchbruch zu verhelfen. Leider bleibt es jedoch in der Regel bei schönen Floskeln in den roten, orangen oder blauen Parteiprogrammen und schönen Reden, wie dies zuletzt Bundesrat Pascal Couchepin einmal mehr demonstriert hat. Entsprechende politische Initiativen oder Vorstösse gibt es bis heute kaum.

Einen Lichtblick gibt es immerhin: Die Volksinitiative «Schule und Familie» des Aargauischen Lehrerinnen- und Lehrerverbands (ALV) vom 5. Januar 2004. Der Vorstoss verlangt, dass Kindergarten und Volksschule im Kanton Aargau als Tagesschulen anzubieten sind. Eigentlich einleuchtend ist die Begründung für den Vorstoss der Lehrpersonen durch deren Präsidenten Nick Stöckli, der sich dabei auf die internationale Pisa-Leistungsuntersuchung bezieht: «Wenn in keinem anderen Land die Abhängigkeit des Schulerfolgs von der familiären Herkunft so gross ist wie in der Deutschschweiz, dann ist unsere Schule in Frage gestellt. Denn die Schule muss eine Chance für alle Kinder sein, egal ob sie von reichen oder armen Eltern stammen.» Und er konstatiert, dass sich die Schule zunehmend mit Kindern konfrontiert sieht, die sich auf Grund ihrer sozialen, familiären, sprachlichen oder kulturellen Situation nur schlecht in die Schule integrieren lassen. Dabei seien die Kinder, aber auch die Lehrpersonen und nicht zuletzt auch die Eltern betroffen. Die Aargauer Lehrerinnen und Lehrer wünschen sich Tagesschulen nicht nur weil sie optimale Rahmenbedingungen für die ausserschulische Betreuung bieten, sondern weil sie auch bessere Voraussetzungen für die eigene Arbeit, das Kerngeschäft der Schule, den Unterricht schaffen. Sie setzen sich für Tagesstrukturen ein, weil diese ein lernanregendes und -förderliches Klima schaffen und den Lehrpersonen erlauben, wirksamer und erfolgreicher zu unterrichten. Mittlerweile haben über 4700 Stimmbürgerinnen und -bürger aus dem Kanton Aargau die Initiative unterschrieben. 3000 wären notwendig gewesen. Am 12. Oktober werden die Unterschriften an den Aargauer Bildungsdirektor Rainer Huber überreicht. Damit ist ein wichtiger Schritt zur Realisation einer zeitgemässen Schule getan. Es wäre jetzt ein relativ Leichtes, weitere Schritte in anderen Kantonen folgen zu lassen, wenn noch mehr engagierte Personenkreise den Mut und die Initiative der Lehrerinnen und Lehrer im Aargau nachahmen. Aber auch Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind eingeladen, den Text der Aargauer Initiative bei den kommunalen oder kantonalen Behördenmitgliedern oder auch als Einzelinitiative einzureichen: «Kindergarten und Volksschule sind als Tagesschulen anzubieten. Die Tagesschule umfasst den obligatorischen Unterricht, die Betreuung der Kinder in der unterrichtsfreien Zeit und den Mittagstisch. Der Besuch des Betreuungsangebots und des Mittagstisches ist für die Schulkinder fakultativ, an deren Kosten können die Eltern beteiligt werden.» Für einmal ist Abschreiben erlaubt. Auch für die Politikerinnen und Politiker.

Erst in 30 von 3000 Gemeinden gibt es eine öffentliche Tagesschule.